

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Ferien Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständig bestimmes Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Strotasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 97.

Montag, 27. April 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nhemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die russische Konkurrenz.

qu. Um Bekanntes zu wiederholen: Der russische Fünfjahresplan sieht die Industrialisierung vor, will durch Anspannung aller Kräfte die russische Produktion auf allen Gebieten so steigern, daß sie nicht nur in der Lage ist, das Land allein zu versorgen und Rußland gänzlich unabhängig vom Weltmarkt zu machen, sondern auch, um Rußland die Möglichkeit zu geben, große Mengen der Ueberproduktion auszuführen. Um diese Umstellung zu erreichen, kauft Rußland Maschinen, läßt Rußland sich Techniker und Ingenieure aus allen Ländern kommen, kehrt sich Fabrikationsmethoden, selbst auf krummem Wege. Auch der neue Auftrag, den die deutsche Industrie erhalten hat, liegt in der Linie des russischen Aufbaues. Aus diesem Grunde wäre zu überlegen, ob die Modernisierung und Aufpöpelung der russischen Produktion nicht zum eigenen Schaden der Länder ausfallen muß, die zunächst einmal mit Rußland-Lieferungen Geld verdienen wollen. Deutscherseits hat man die Gefahr der Rußlandlieferungen bereits erkannt. Man redet sich die Annahme der Aufträge aber damit, daß andernfalls die Industrien anderer Länder die Aufträge erhalten und somit nichts gebedert wäre. Gewiß, das ist durchaus richtig gedacht, denn Rußland wird sicherlich immer die erforderlichen Lieferanten finden. In der Weltindustrie denkt man eben mehr an den Augenblick, und nicht an die Zukunft. Sie steht auf dem Standpunkt, mitzunehmen, was die Zeit bietet, das andere würde sich finden. Und im Stillen hört man murren, mit dem Wachsen der russischen Industrie werde auch der innerrussische Verbrauch wachsen, so daß letzten Endes Rußland immer damit zu tun haben werde, sich selbst zu versorgen.

Indessen: selbst in dem Falle, wenn die neu aufgebauete Rußlandproduktion nur für den russischen Verbrauch arbeiten sollte, wäre zu bedenken, daß dann schon Verluste für die Weltwirtschaft fühlbar werden müßten, da ja dann Rußland, das freilich jetzt nur noch zum kleinen Teil Weltmarktkonsum ist, gänzlich als Käufer ausschalten müßte. Aber — und damit kommen wir zu der neuen Frage — die Sowjetregierung denkt nicht daran, die Bedürfnisse der breiten Masse in Rußland steigern zu lassen. Selbst wenn gut und mehr produziert werden sollte, würde der Lebensstandard der Bevölkerung keine Besserung erfahren. Den russischen Machthabern geht es darum, die Welt mit russischen Waren zu überflutem, den Weltmarkt zu beherrschen und durch Unterbietung aller Preise das Kapital anderer Länder zu schädigen, um die Weltrevolution von der anderen Seite in Ruß zu bringen. Schon jetzt, innerhalb des Fünfjahresplanes, verlangt die Sowjetregierung, daß die Russen den Schmachtrien eng schnallen, damit alle möglichen Erzeugnisse auf den Auslandsmarkt geworfen werden können. Nun ist es interessant, daß die englischen Handelskammern zu allererst sich an die englische Regierung mit der Frage gewandt haben, was sie zu tun gedünke, um die russische Wareninflation auf dem englischen Markt einzudämmen. Die englischen Handelskammern weisen darauf hin, daß die russischen Preise gar keiner Restriktion unterliegen, sondern willkürlich gesetzt sind, lediglich Konkurrenzpreise. Für die Preise sind die Herstellungskosten nicht maßgebend. Andere Länder, andere Industrien müssen genau kalkulieren, vor allem die Arbeitskräfte in Anschlag bringen. In Rußland ist das nicht erforderlich, die Arbeitskräfte werden mit Sowjetgeld bezahlt, das die Regierung selbst druckt. Die Arbeitskräfte sind keine Belastung der Produktion. Und die Rohstoffe sind für die Preisgestaltung ebensowenig maßgebend, wenn sie, was in den seltensten Fällen vorkommt, nicht aus dem Ausland bezogen werden. So gut wie Rußland jetzt ganz willkürlich den Markt anderer Länder in Unruhe bringen kann, vermag es auch später, wenn es seine Produktion noch weiter ausgebaut hat, dem Weltmarkt Preise zu diktieren, oder richtiger jede andere Konkurrenz zu unterbieten. Diese Gefahr ist rechtzeitig zu erkennen, und sie muß uns die Freunde an den Rußlandaufträgen beträchtlich einschränken. Ob der Protekt der englischen Handelskammern einen Zweck haben wird, sei dahingestellt. Möglich, daß sich die Länder gegen die russische Wareninflation durch exorbitante Zölle schützen. Soweit Deutschland in Frage kommt, ist der Rapallo-Vertrag zu berücksichtigen, aber den ja jetzt wieder gesprochen werden muß, da er der Verlängerung wartet. Ob es nicht angebracht erscheint, jetzt schon diesen Vertrag der zukünftigen russischen Exportgestaltung anzupassen?

Sowjet-Rußland und die Einladung der Europa-Kommission.

X Moskau. Die Sowjetregierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitteilen lassen, daß sie bereit sein wird, sich bei der am 15. Mai in Genf stattfindenden dritten Session der Europakommision an der dritten Sitzung der Europakommision beteiligen zu lassen. Das Schreiben des Volkskommissars des Auswärtigen, Litwinoff, rät jedoch, daß die Regierungen Islands, der Türkei und der Sowjetunion lediglich zur Beratung des dritten Punktes der Tagesordnung gezogen werden sollen. Litwinoff erblickt darin eine zu engherzige Auslegung der diesbezüglichen Beschlüsse der Europakommision durch den Generalsekretär. Ferner rät das Schreiben, daß man nicht in der Lage gemeldet sei, einen bestimmten Termin für die Einladung anzugeben. Man könne sich des Bedauerns nicht entschlagen, daß durch die Art der Einladung eine Ablehnung zu provozieren vermocht werden sollte.

Englisch-italienische Front gegen Paris.

Pariser Bessmismus über die englische Note zur Flottenfrage.

* Paris. Die am Sonnabend in London überreichte Antwortnote der britischen Regierung auf die französischen Vorschläge zur Flottenfrage trat am Sonntag am Canal d'Orléans ein. Obgleich der Text der Note vorläufig nicht bekannt ist und keine amtliche Auskunft über den Inhalt erteilt wird, verlautet doch mit voller Bestimmtheit, daß die Note eine in sehr höflicher Form gefaßte Ablehnung des französischen Standpunktes darstelle. Sie enthalte angeblich gewisse englische Gegenvorschläge, die jedoch der französischen Auffassung in keiner Weise gerecht würden. Eine Antwort aus Rom ist noch nicht eingelaufen, da Italien erst die Veröffentlichung der britischen Note abwarten wollte. Die Pariser Sonntagspresse beschäftigt sich eingehend mit der Lage und spricht sich durchwegs äußerst pessimistisch über das Schicksal des Flottenabkommens aus.

Vor der Antwort Italiens.

mit Rom. Die italienische Antwort auf die französischen Vorschläge zur Abänderung der Flottenvereinbarung von Rom wird, wie der römische Korrespondent des Corriere della Sera mitteilt, noch einige Tage auf sich warten lassen. Im italienischen Außenministerium werde die Unannehmbarkeit der französischen Vorschläge bekräftigt, die tiefgreifende Änderungen und Verschärfungen an der in Rom erzielten Vereinbarung darstellten. Zwischen dem italienischen und dem englischen Außenamt herrsche in Bezug auf die einzuschlagende Haltung völlige Übereinstimmung.

„Das Flottenabkommen in Gefahr“ — sagt Bauerwein.

* Paris. In der Sonntagausgabe des „Matin“ nimmt Bauerwein unter der Überschrift „Das Flottenabkommen in Gefahr“ zu der durch die englische Haltung hervorgerufenen Lage Stellung. Er schreibt n. a., daß er aus guter Quelle die Nachricht habe, daß die britische Antwort auf die französischen Vorschläge nicht günstig sei. Man müsse jetzt noch die italienische Stellungnahme abwarten, ehe man zu der mühsamen Gegenüberstellung und Klärung der verschiedenen Auffassungen schreiten könne. Der französische Vorschlag sei durchaus praktisch gewesen, weil gerade für das Jahr 1935 eine Flottenkonferenz vorgesehen sei und die Abklärungskonferenz im Jahre 1932 sich auch mit der Abklärung der See befassen werde. Erst 1932 werde man klar übersehen können, ob Europa sich dem Frieden oder dem Krieg anwerde. Darum sei es geradezu furchtlich, jetzt schon über die Frage der Erklärungen in den Jahren 1935 und 1936 verhandeln zu wollen. Die englische Komitalkritik habe diese vernünftigen Erwägungen offensichtlich nicht angefaßt. Italien seinerseits wolle sich nach einem Worte Russlands die Hände frei halten. So sei die Lage,

Negativer Ausgang des Volksentscheids in Lippe.

X Detmold. Im Freistaat Lippe fand gestern der von den Nationalsozialisten und Volksparteien mit Unterstützung der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Landvolkpartei und dem Evangelischen Volksdienst herbeigeführte Volksentscheid auf Auflösung des lippschen Landtages statt. Damit ein Volksentscheid Gültigkeit erlangt, muß sich mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten, d. h. rund 54 000 Personen, daran beteiligen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind aber nur ungefähr 32 000 Stimmen dafür abgegeben worden. Das Resultat aus einzelnen Ortsteilen steht noch aus, doch wird dies an dem negativen Ausgang des Volksentscheids nichts mehr ändern.

Der Dank des Stahlhelms.

X Berlin. Der Bundesvorstand des Stahlhelms hat am Sonntag folgende Entschliessung gefaßt: „Das Stahlhelmvollzugsbegehren, der erste Vorstoß gegen das derzeitige System mit dessen eigenen Mitteln, ist in enger Zusammenarbeit mit unseren Bundesgenossen erfolgreich durchgeführt. Bei ihm hat sich in Ost und West aus allen Ständen und Berufen die Front des Frontsoldatenums, der Kern des Volkstums, der letzte Block des Preußentums, kameradschaftlich zusammengedrungen. Der Stahlhelm sagt allen seinen Dank, die dabei an ihrer Stelle ihre waterländische Pflicht erkannten und taten.“

von der man jetzt allerdings noch nicht sagen könne, daß sie „alarmierend“ sei. Frankreich sei auf dem Wege der Zugewinnung schon sehr weit gegangen. Der gesunde Menschenverstand sei in diesem Falle auf Seiten Frankreichs, und der gesunde Menschenverstand müsse schließlich siegen. Inzwischen würden die englischen Anregungen, die die britische Regierung begleitet, von technischen und diplomatischen Sachverständigen sehr eingehend geprüft. Im Journal des Debats“ äußert sich Bernus im gleichen Sinne und hebt ebenfalls hervor, daß Frankreich in seinen Zugewinnungen schon sehr weit gegangen sei.

Neue Öffensibe gegen die Zollunion.

X London. Die Rede des tschechoslowakischen Außenministers, Dr. Benesch, über die geplante Österreichisch-slowakische Zollunion hat, obwohl sie von den amtlichen tschechoslowakischen Stellen in voller Ausdrucksfreiheit hierher gebracht worden war, in London kaum ein Echo erregt. Dagegen interessiert die hiesigen Blätter sehr, daß sie in Paris, wie erwartet werden konnte, stark beachtet, und wie „Manchester Guardian“ aus der französischen Hauptstadt meldet, zur Einleitung einer „neuen Offensibe“ gegen den Österreichisch-deutschen Plan benutzt wird. Der Pariser Korrespondent des Blattes unterrichtet die „aussergewöhnliche Bedeutung“, die dort der Rede in amtlichen Kreisen beigemessen wird. Er bemerkt:

Es ist klar, daß wir auf einen Versuch von Seiten Frankreichs und der Tschechoslowakei in Genf nächste Woche vorbereitet sein müssen, die Erörterung der Zollfrage zu unterbrechen, zweifellos weil die französische und die tschechoslowakische Regierung es für wahrscheinlich halten, daß der Internationale Gerichtshof oder irgendeine andere unabhängige juristische Autorität diese Frage zugunsten Deutschlands und Österreichs entscheiden würde. Der Korrespondent hält es für wahrscheinlich, daß die französische Regierung sich der Verweigerung der rechtlichen Seite des Abkommens an das Obergericht widersetzen wird.

Es verlautet von unterrichteter Seite, so meldet der Berliner Korrespondent weiter, daß Titulescu bei seiner Durchreise nach Rumänien in Paris seiner Ansicht Ausdruck gab, daß es im Interesse Rumaniens gegen Wante, sich der Österreichisch-deutschen Zollunion anzuschließen. Die tschechoslowakische Regierung schone ähnliche Überredungen an den Tag zu legen, desgleichen Polen. Die wirkliche Front Frankreichs und der Tschechoslowakei sei die, daß die Zollunion zwei Länder umfassen werde.

Der Korrespondent betont weiter, daß von dem „großen Programm“, das die französische Regierung als Hauptvorhaben für die Österreichisch-deutsche Zollunion in Genf unterbreiten wollte, nichts mehr zu hören sei.

Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Benesch's bedauerliche Rede hat den Widerstand gegen die Zollunion zum Vorschein der kommenden Abklärungskonferenz zu machen, vermehrt. Der Korrespondent hält die Uebernahme des Vorstoßes durch Benesch jetzt für ausgeschlossen, wenn eine Nichtbeteiligung Deutschlands auf der Konferenz vermieden werden soll.

Das Volkbegehren war nur der erste Vorstoß. Die Entscheidung wird noch andere Kräfte, lebhaftere Verbündete, härteren Einsatz verlangen. Viele, die nicht auf uns hören, wird der unerbittliche Gang der Entwicklung belehren. Wir aber werden weiter in echter deutscher Soldatenart um Preußen und im Verein mit allen anderen Bundesstaaten für das Reich kämpfen: Ja, treu und unbeirrbar in unserem Glauben an den Sieg!

Emi Beinhorn hat Europa erreicht.

* Berlin. Die Fliegerin Emi Beinhorn hat endlich Europa erreicht. Sie startete am Sonntag von Tunis, um über das Mittelmeer nach Catania auf Sizilien zu fliegen. Nach 2 stündigem Fluge erreichte sie die Küste Siziliens und landete auf dem Flughafen von Catania. Emi Beinhorn wollte Montag früh nach Rom weiterfliegen. Mit ihrem Eintreffen in Berlin ist im Laufe der Woche zu rechnen.

Der Abschluß der Reichsbahn.

X Berlin. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft wird in der nächsten Woche über die Bilanz für das ablaufende Geschäftsjahr beschließen. Nach Mitteilung eines Berliner Mittagsblattes ist es der Deutschen Reichsbahngesellschaft infolge der schwierigen finanziellen Lage nur mit Mühe gelungen, die Bilanz zu balancieren. Die Reichsbahn wird für 1930 ohne Gewinn und Verlust abschließen. Man hat die Bilanzarbeiten beheimlicht, damit die Dividende auf die Reichsbahnvorzugsaktien spätestens am 1. Mai zur Auszahlung gelangen kann.

Man nehme vorher, ohne weiteres Stiefelvermögen. Der Keller liegt dir sehr offen. Meist herrscht hier die meiste Stille. Man ist aber nicht ein bisschen wach mit hoch. Man hat ein gutes Auge.

Die Lächerlichkeit. Es gibt nichts mehr herauszubringen — Garloch fehlt.

Inhaltliches Fehlen. Die gleiche des Fragens hat ihm nicht viel zu bringen, doch alles konnte diese Stelle ihm nicht.

Das hatte Kernfragen zu gelassen! Man kann das nicht übersehen. Große Fragen, der das Gemüde.